Einzelnummer 10 Pfennig

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD . Sektion der Kommunistischen Internationale . Bezirk Sachsen

Verbreitungsgebiet Ostsachsen . Beilagen: Der rote Stern . Rund um den Erdball . Proletarisches Feuilleton . Das Bild der Woche

8. Jahrgang | Dresden, Mittwoch den 21. September 1932 | Nummer 215

Neue Lasten auf die Schultern der Massen!

Papen beauftragt Länder-Finanzminister mit Einleitung „weiterer Vereinfachungs- und Ersparnismaßnahmen“

Dresden, 21. September 1932

Das mit lautem Triumphgeschrei verkündete und nunmehr durch Notverordnung bereits als Gesetz erklärte „Wirtschaftsprogramm“ der Papenregierung, bringt den arbeitenden Massen schlimmste und unerhörteste Belastung. Lohnabbau in bisher noch nicht dagewesenem Ausmaß, Abbau der sozialen Einrichtungen und Unterstützungen, gleichzeitige Steigerung der Lebensmittelpreise usw. sind aber bei weitem noch nicht alles, was diese Notverordnung für die arbeitenden Massen bringt.

Noch vor ihrer Durchführung, ja, zum direkten Zweck ihrer Durchführung, soll bereits ein ungeheurer Aderlaß an den werktätigen Massen vorgenommen werden. So

sind in einer am gestrigen Tage im Reichsfinanzministerium durchgeführten Besprechung alle Finanzminister der Länder dazu angehalten worden, über die schon in der Notverordnung enthaltenen, gegen das werktätige Volk gerichteten Maßnahmen hinaus „weitere Vereinfachungs- und Ersparnismaßnahmen“ zu ergreifen.

Dabei hat der Reichsfinanzminister der Papenregierung darauf aufmerksam gemacht, daß „bei den noch immer sinkenden Einnahmen und den steigenden Wohlfahrtsausgaben der Gemeinden die finanzielle Lage für viele Länder und Gemeinden in den nächsten Monaten selbst bei Annahme einer leichten Besserung der Wirtschaft noch äußerst schwierig werden wird.“

Vergleicht man dieses Wehgeschrei mit dem in der letzten Zeit immer so kraftvoll in die Welt hinausposaunten Gestammel von der „Ankurbelung der Wirtschaft“, so zeigt sich dabei schon jetzt, in welchem Maße sich die Gesamtlage, trotz der Ausbürdung stets neuer Lasten auf die Schultern der Massen verschlechtert. Das Berliner Tageblatt sprach im Hinblick auf diese Verschlechterung der Lage der kapitalistischen Wirtschaft unlängst vom Wirtschaftsprogramm der Papenregierung als von einem „Start mit Hemmungen“.

Diese „Hemmungen“ versucht die Papenregierung nunmehr durch noch weitere Verelendungsmaßnahmen gegen die werktätigen Massen zu überwinden. Das ist der Sinn dieser jetzt für alle Länder vorgeschlagenen „weiteren Vereinfachungs- und Ersparnismaßnahmen“, die

neben der schon in der Notverordnung enthaltenen Massenbelastung weitere steuerliche Ausplünderung

bedeuten. Dabei gehen sowohl die Nationalsozialisten als auch die Sozialdemokraten der Papenregierung hilfreich zur Hand. So hat der Nazifinanzminister Marschler von Thüringen bereits die Erhebung der Bürgersteuer für Thüringen anbefohlen, jener Steuer, die ja bekanntlich vom Naziminister Frick seinerzeit überhaupt erstmalig eingeführt worden ist.

So wie die Nazis der Papenregierung in diesem Falle durch die steuerliche Ausplünderung der Massen Hilfsdienste leisten, so tun es die sozialdemokratischen Führer, indem sie die Arbeiter immer wieder von der Kampfaufnahme gegen den Lohnabbau und alle anderen Formen ihrer ungeheuerlichen Belastung durch die Papennotverordnung abhalten. Diesem Zwecke dient auch der von ihnen eingeleitete „Volksentscheid“. Mit diesen parlamentarischen Manövern sollen die Arbeiter vom Einsatz ihrer außerparlamentarischen Kampfkräfte abgehalten werden.

In klarer Erkenntnis dieser Unterstützung der Papenpolitik durch die Führer der SPD und auch der Hitlerpartei müssen die Arbeiter allenthalben

in die Antifaschistische Aktion einschwenken!

Papen macht Hitlers Politik

Goebbels gesteht, daß Papen die Politik der Nazis durchführt . Straßer plaudert in Braunschweig über die Tolerierungspolitik, die das sächsische Nazibiatt bisher abstritt

Am vergangenen Sonntag sprach der preußische Chef der Nazis und gleichzeitige Reichspropagandaleiter der NSDAP., Joseph Goebbels, auf dem Wiener Parteitag dieser Hakenkreuzpartei. Im Verlauf seiner zweistündigen Rede, in der er den Namen Hitlers bezeichnenderweise nicht ein einziges Mal erwähnte, entschlüpfte ihm bei der Behandlung der gegenwärtigen politischen Lage in Deutschland und den Maßnahmen der Papenregierung folgendes Geständnis:

„Erst wollen Sie uns zu Ministern machen, in der Hoffnung, uns vom Volke zu trennen. Jetzt machen Sie unsere Politik, in der Hoffnung, das Volk von uns zu trennen.“

Damit sagt also Goebbels klar und eindeutig, daß das Papen-Kabinett die Politik der Nazipartei in der Praxis durchführt und die Nazis eine panische Angst haben, daß ihnen deshalb eine Reihe kapitalistischer Wähler und vor allen Dingen Geldgeber abspringen könnten. Dieses freiwillige Geständnis des Reichspropagandaleiters und [illegible] Hitlers jenseits der Landesgrenze widerlegt alle die hartnäckigen Ableugnungsversuche der gesamten Naziführung, und vor allem des sächsischen „Freiheitskampfes“, daß ihre Partei nichts mit der reaktionären Politik der Papenregierung zu tun habe und die Nazipartei in „schärfster Opposition zu ihren Maßnahmen“ stünde.

Mit der Feststellung von Goebbels über die Nazipolitik der Papenregierung wird auch die Tolerierungspolitik der Nazis gegenüber dem Reichskabinett erneut bestätigt, die bekanntlich der „Freiheitskampf“ nicht weniger abstritt. Darüber hinaus erwirkte sogar Adolf Hitler persönlich eine einstweilige Verfügung gegen den Führer der sächsischen Kommunisten, den Genossen Selbmann, daß dieser die Behauptung der Tolerierung nicht mehr aufstellen dürfe. Der „Freiheitskampf“ meldete das triumphierend und erklärte, daß „Recht und Wahrheit über die kommunistische Lüge gesiegt“ hätten. Goebbels' Erklärung charakterisiert diese „Wahrheit“ und die Leipziger Klassenrichter dazu. Aber was ebenso wertvoll ist, Gregor Straßer, die rechte Hand Hitlers und neben ihm der mächtigste Mann in der Nazipartei und Reichsorganisationsleiter, hat den „Freiheitskampf“ und alle Naziagitationsredner höchstselbst der politischen Lüge überführt. Auch er hat am Sonntag eine Rede gehalten, und zwar in Braunschweig auf einer Tagung der nationalsozialistischen Ärzte. Und in dieser Rede hat er selbst nach dem Berichte des „Freiheitskampfes“ nicht nur das Scheinverbot der SA zugegeben, sondern auch die Tolerierungspolitik gegenüber der Papenpolitik. Nach diesem „parteiamtlichen Bericht“ erklärte Straßer:

„Der Sturz Brünings sei ein Kabinettsstück republikanischer Intrige gewesen. Das SA-Verbot habe man Groener planmäßig suggeriert, damit er darüber stürze und Brüning mit sich reiße und der neue Kanzler durch Aufhebung des SA-Verbots eine zunächst günstige Atmosphäre in dem Verhältnis zum Nationalsozialismus schaffe. Die Tolerierung Papens habe dem Nationalsozialismus im Wahlkampf eineinhalb bis zwei Millionen Stimmen gekostet.“

Aber nicht nur die Tolerierung bestätigt Straßer ausdrücklich, dabei die Auswirkungen dieser Tatsache unterstreichend, sondern er kommentiert dabei ausführlich die zu gleicher Zeit von Goebbels gemachte Feststellung, indem er — laut dem Berichte des „Freiheitskampfes“ — hinsichtlich der Papenpolitik ausführte:

„Man möge zu den großen deutschen Problemen stehen, wie man wolle. Die notwendigen Rettungsmaßnahmen würden der Größe der Not entsprechend von einschneidender Art sein. Sie würden aber nicht durchzuführen sein, wenn sie befohlen würden, sondern nur, wenn ein großer Teil des Volkes zu freiwilliger Mitarbeit bereit sei. Papen könne das beste Wirtschaftsprogramm der Welt herausbringen, er werde doch nicht in der Lage sein, dafür die große Masse zu gewinnen.“

Damit beeilt sich Straßer, das Papensche Wirtschaftsprogramm und seine katastrophalen Auswirkungen für alle Werktätigen als „das beste“ zu bezeichnen und rückt damit auch offiziell in die lange Reihe der finanzkapitalistischen [illegible] ein. Er bringt dabei seine Partei in die empfehlende Erinnerung bei der Papenregierung, ohne deren aktive Mitwirkung die Durchführung dieses Programms nicht möglich sei. Rekord, der Vorsitzende des ADGB, sagt das ja ähnlich, und in der Praxis bringen eben die Nazis und die sozialdemokratischen Führer jene „freiwillige Mitarbeit des Volkes“, indem sie ihre Parteien dem Papenkurs des Hungers und Elends zur Verfügung stellen.

Die von der Nazipartei irregeleiteten Werktätigen müssen aus diesen unumstößlichen Tatsachen, die von Goebbels und Straßer ausdrücklich erhärtet werden, die einzig mögliche Konsequenz ziehen, das heißt begreifen, daß der Weg der Hitler, Goebbels und Straßer der Weg der Papenreaktion, der Weg der faschistischen Kapitalsdiktatur über das werktätige Deutschland ist. Macht Schluß mit den demagogischen Papenlakaien vom Hakenkreuz! Kämpft gegen Lohnraub, Steuerdruck, gegen Ausbeutung und Unterdrückung in den Reihen der Antifaschistischen Aktion! Mit den Kommunisten zwingt alle faschistischen Volksfeinde auf die Knie!

Morgen Donnerstag spricht Gen.

Oettinghaus

im Keglerheim (Näheres 2. Seite)

Die Führer der „Arbeiterpartei“

Unter parteiamtlichen Nachrichten der NSDAP wird im Völkischen Beobachter vom 19. September mitgeteilt:

„Der bisherige Gebietsführer Hochland der Hitlerjugend, Pg. Erich Klein, ist seines Amtes enthoben worden. Zum Gebietsführer Hochland ernenne ich Pg. Kurt Freiherr Haller von Hallerstein.“

Die Vornehmheit der Nazipartei macht schnelle Fortschritte. Die Naziführer sorgen nachdem dafür, daß die „feinen Leute“ in Herrn Goebbels die erste Geige spielen, nach der die Naziproleten tanzen sollen.

Freiwillige Lohnabbauvereinbarung

in der Bielefelder Textilindustrie

Für die Textilindustrie der Bezirke Bielefeld, Gütersloh und Herford haben die Gewerkschaftsführer mit den Unternehmern eine Lohnabbauvereinbarung abgeschlossen, nach der die Löhne für die Bezirke Bielefeld und Herford um [illegible] Prozent, für den Bezirk Gütersloh um 3½ Prozent gesenkt wurden.

SPD-Arbeiter, Gewerkschafter! Seht ihr [illegible], daß diese Taten der Gewerkschaftsführer [illegible] Stützung der Papenregierung darstellen. [illegible] ihr auf einen Volksentscheid im nächsten Jahr [illegible]. Wenn ihr das erkennt, so vereinigt euch mit uns zum [illegible] Kampf gegen jeden Lohnabbau!

Lohnraub bei den Textilern setzt ein!

Verhindert in kämpfender roter Einheitsfront jeden Pfennig Lohnabbau!

Die sächsischen Textilindustriellen beginnen bereits die ihnen sowohl durch die freiwillige Vereinbarung mit der Gewerkschaftsbürokratie gebotene Möglichkeit des Lohnabbaues in einer Anzahl Branchen wahrzunehmen und darüber hinaus die weitere Möglichkeit des Lohnabbaues bei der Ausnutzung der Notverordnung durchzuführen. So berichtete unser Bruderorgan „Der Kämpfer“, davon,

daß die Firma Sigmund Görtz, Chemnitz, den Lohn der Textilarbeiter um 10 Prozent zu kürzen verkündet hat, da sie die „Belegschaft erhöht“ hat. Gleichzeitig ist der Unternehmer von der 48-Stunden-Woche zur 40-Stunden-Woche übergegangen, so daß eine große Anzahl von Arbeitern einen Lohnausfall von 27 Prozent hat.

Auch in anderen Textilbetrieben, wie zum Beispiel in der Leipziger Wollkämmerei, sind bereits derartige Vorstöße der Unternehmer erfolgt.

Zur gleichen Zeit, da diese Vorstöße Schlag auf Schlag gegen die Arbeiter geführt werden, berichtet die SPD-Presse, daß sich die Gewerkschaftsbürokratie des DTB in einer von ihr zusammengeschobenen Funktionärkonferenz bestätigen ließ, daß „die Verhandlungskommission ihre volle Pflicht im Interesse der Textilarbeiterschaft getan hat.“

Die Textilarbeiter selbst denken anders darüber. Die Gewerkschaftsbürokratie hält es bis heute noch nicht für notwendig, die Textilarbeiter über den ihnen aufgezwungenen Lohnabbau, der schamhaft als „Abänderung für gewisse Branchen“ von der Bürokratie unterschrieben worden ist, überhaupt zu unterrichten. Die Textilarbeiter sind von dieser Bürokratie verraten und verkauft worden. Jetzt müssen sie angesichts des schon beginnenden Lohnabbaues, der in den nächsten Tagen und Wochen in allen Betrieben erfolgen soll, überall

die Voraussetzungen dafür schaffen, daß der Schlag der Unternehmer [illegible] werden kann. Das heißt, die [illegible] des DTB zu [illegible], die Textilbetriebe [illegible] zu machen, um in roter Einheitsfront aller Textiler jeden Angriff auf den Hungerlohn mit der geschlossenen [illegible] des [illegible] zu [illegible].